

**Für DV des GBZ vom 28.8.08:  
Kant. Abstimmung zum Berufsbildungsfonds**

*Von Peter Sigerist, Zentralsekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), Ressort Bildung, seit 1997, engagiert bei der eidg. Lehrstellen-Initiative, in der Expertenkommission für das neue Berufsbildungsgesetz, Mitglied der Eidg. Berufsbildungskommission (EBBK) und der Eidg. Fachhochschulkommission (EFHK).*

1. Zürich kann, Zürich muss Berufsbildungsgeschichte schreiben. Nationale Bedeutung: Zitat SGV-Zeitung: Abstimmung mit Signalwirkung für die ganze Schweiz (H-U. Bigler). Der Gewerbeverband zieht die Branchenfonds vor. Und der SGV kritisiert gleichzeitig den Kanton Zürich, dass er sich Schritt für Schritt aus der finanziellen Pflicht für die Berufsbildung zurückziehe.
2. Wir sagen: Es braucht kantonale Berufsbildungsfonds. Nach fast 5 Jahren neuem Berufsbildungsgesetz gibt es erst 13 vom Bundesrat AVE erklärten BB-Fonds. Die meisten davon nur in kleineren Branchen. Sie provozieren unter den Arbeitgebern heftige Auseinandersetzungen bis hin zu gerichtlichen Streitigkeiten. Der Arbeitgeberverband unter der Federführung von Swissmem wendet sich explizit gegen die Einführung von Branchenfonds und fordert „Übungsabbruch“. Wir haben vom BBT verlangt, dass diese Branchenfonds in ihrer Wirkung evaluiert werden, was nun bis Ende Jahr geschehen soll. Hinter vorgehaltener Hand heisst es beim BBT bereits heute, dass die lipa-Lösung besser gewesen wäre. Zudem missbrauchen einzelne Arbeitgeberverbände diese Branchenfonds gemäss BBG, um aus politisch-ideologischen Gründen bisherige gut funktionierende paritätische Branchenfonds zu reinen Arbeitgeber-Fonds zu machen, um die Gewerkschaften in der Berufsbildung herauszuhalten (im Bau- und Druckgewerbe). Fazit: Wer auf Branchenfonds alleine setzt, wird auf keinen grünen Zweig kommen. Wer kantonale Fonds bekämpft, aber gleichzeitig den Rückzug der Kantone aus der BB-Finanzierung kritisiert handelt inkonsequent und schadet letzten Endes der dualen Berufsbildung.
3. Die kantonalen Fonds braucht es, weil wir seit mittlerweile 15 Jahren Probleme auf dem Lehrstellenmarkt kennen: Wir haben erstmals seit Jahrzehnten eine Generation, von der ein grösserer Teil ungeachtet des Niveaus der Bildungsvorleistung nicht mehr darauf zählen kann, eine soziale Stufe höher als ihre Eltern steigen zu können. Das wirkt sozial zerstörerisch sowohl bei den Jungen als auch bei den Eltern. Und ein Teil der Gesellschaft reagiert mit ideologisch überdrehten Ausschlussmechanismen gegen die Opfer dieser ökonomisch und politisch bedingten Gegebenheit. Dringender Handlungsbedarf ist deshalb im Bildungssystem angesagt, weil auch die noch gute Konjunktur und der leichte Rückgang der 16jährigen die Probleme auf dem Lehrstellenmarkt nicht automatisch lösen werden.
4. Kantonale Berufsbildungsfonds braucht es, weil die Anforderungen der Wirtschaft für die Beschäftigung beschleunigt steigen – wegen der enormen Produktivitätssteigerungen über die Informatisierung. Alle Arbeitsmarktstudien zeigen: bei Konjunkturaufschwung gibt es ein rasantes Wachstum bei den hoch und höchst qualifizierten Berufen. Die Zahl der Angebote für unqualifizierte Lohnarbeit steigt nur schwach. Im Langzeitvergleich geht hier die Schere weit auseinander. Es gibt keine Hinweise auf eine Trendumkehr. Die Fachwelt ist sich einig: **alle brauchen zumindest einen Abschluss auf der Sekundarstufe II**. Seit Mitte der neunziger Jahre

*stagniert aber die Ausbildungsquote auf der Sekstufe II bei knapp 90 Prozent*, nachdem sie zuvor, insbesondere unter den Frauen, rasant angestiegen ist. Im Rahmen des Nahtstellenprojekts beschloss 2006 die EDK, gemeinsam mit dem Bund und den Sozialpartnern, die Sek-II-Ausbildungsquote auf 95 Prozent anheben zu wollen, und zwar bis 2015. Dieses ambitionöse Ziel ist nur mit besonderen Massnahmen zu erreichen.

5. Die Bildungsökonomie hat in den letzten Jahren die Binsenwahrheit bestätigt: In der Regel lohnt es sich für die Betriebe auszubilden. Die Lernenden im dualen Berufsbildungssystem zahlen kraft ihrer produktiven Leistung ihre Ausbildung selbst (s. Folie BFS). Die Bildungsökonomie hat aber gleichzeitig den nichtausbildenden Betrieben, der grossen Mehrheit, einen Persilschein ausgestellt: Sie verhielten sich rational, weil es sich bei ihnen nicht lohnte. Das ist die Crux: wer dieses Ökonomen-Axiom akzeptiert, akzeptiert, dass jährlich ein grosser Teil der Jugendlichen keine von der Wirtschaft selbst erwartete Ausbildung erhält. Wir gehen bei all unseren Vorschlägen von folgender Grundlage aus: Wenn der Staat in Anerkennung der Aufgabenteilung den Arbeitgebern die praxisbezogene Berufsausbildung der Jugendlichen überlässt, so muss er erwarten, dass die gesellschaftliche Gruppe der Arbeitgeber diese Aufgabe nach Massgabe ihrer objektiven Möglichkeiten und damit so erfüllt, dass grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten einen Ausbildungsplatz zu bekommen, und zwar auch dann, wenn das freie Spiel der Kräfte zur Erfüllung der übernommenen Aufgaben nicht mehr ausreichen sollte.
6. Aber: Wenn die Wirtschaft über einen so langen Zeitraum trotz allen Anreizen und Unterstützungen des Staates dennoch das Angebot rationiert, dann muss der Staat handeln: Er hat das ja auch getan – mit den sogenannten Brückenangeboten bzw. Warteschlangen. Allerdings zu unspezifisch und zu stark in der Logik des Lückenfüllers. Und er muss es nun wieder tun, in dem er über die Gesetzgebung die Rahmenbedingungen für eine Umlagefinanzierung der nichtausbildenden zu den bildenden Betrieben hin verankert. Eine Befragung von 2006 unter 415 Betrieben im Kanton Zürich, warum sie mit der beruflichen Grundbildung aufgehört hätten, zeigte, dass sich die Betriebe v.a. zeitliche Entlastung wünschen durch unterstützende Massnahmen bei der Vermittlung von Grundfertigkeiten – d.h. sie wünschen mehr Basiskurse und Basislehrjahre. Genau solche Massnahmen – Ausbau der überbetrieblichen Kurse – können und sollen aus dem kantonalen Fonds finanziert werden.
7. Wenn eine zu hohe Zahl Jugendlicher keine Perspektive hat, fallen für Steuerzahler/innen ohnehin Kosten an, letzten Endes mit der Alternative: in Gefängnisse oder in Bildung investieren. Die Kosten für die Berufsbildung sind für die Steuerzahler/innen und für die Betriebe sehr tief – weil Lernende in der Berufsbildung ihre Bildung selbst finanzieren (s. Folie, BFS).
8. Zum Schluss einige Zahlen zu Zürich, die zeigen, warum in diesem Kanton besonderer Handlungsbedarf besteht (Folien BFS): - Auszubildende Betriebe nach Kanton; - Lehrstellen an Arbeitsstellen nach Kantonen; - Öffentliche Ausgaben für Berufsbildung nach Kanton (Datenbasis 2005)